



Ein Angriff auf Demokratie und Verbraucherrechte:
Das Transatlantische Freihandelsabkommen

zwischen

USA und EU

**Ein Diktat der großen Konzerne für
Maximalprofite**

Attac fordert einen sofortigen Stopp der
Geheimverhandlungen. Wir wollen völlige
Transparenz und demokratische Teilhabe!

Keine Unterwerfung!

Bundestag und EU-Parlament dürfen nicht überrumpelt
werden. Sie müssen rechtzeitig in die Verhandlungen
einbezogen sein. Keinesfalls dürfen unsere Standards
zum Schutz von Demokratie, sozialen Rechten und
Umwelt noch weiter ausgehebelt werden. Das droht im
großen Stil: Nicht vor ordentlichen Gerichten werden
Interessenkonflikte entschieden, sondern Konzerne
verklagen Staaten in

„Streitschlichtungsverfahren“,

auch „Investor-Staat-Streitbeilegung“(ISDS) genannt.
Die Gremien sind nur durch Konzernvertreter besetzt.
Laut UNCTAD gab es bis 2012 weltweit 514 ISDS.⁽¹⁾

Ein Beispiel dieser Art haben wir in Berlin.

Vattenfall hat Deutschland auf 3,7 Mrd. € verklagt.

Begründung: Ausstieg aus der Atomenergie!⁽²⁾

Was können wir Bürger tun?

Die Verhandlungsparteien bemühen sich, das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) geheim zu halten. Es ist zu befürchten, dass erneut ein sehr umfangreiches und komplexes Dokument erst in letzter Minute den Parlamenten zur Abstimmung vorgelegt wird und nicht mehr durchgearbeitet werden kann.

Diese Entmündigung unserer gewählten Volksvertreter darf es nie wieder geben. Deshalb müssen wir uns mit den Abgeordneten vom Bundestag und EU-Parlament verbünden und uns gegenseitig unterstützen.

Zugleich können wir die Bundesregierung beim Wort nehmen, denn offensichtlich hat sie die Forderung nach einem sofortigen Stopp der TTIP-Geheimverhandlungen zur Kenntnis genommen. Sie ist besorgt. Das zeigt der Text des jüngst unterzeichneten Koalitionsvertrages für die 18. Legislaturperiode.

Darin steht: „Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ist eines der zentralen Projekte zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen. ... Die Zulassung begründeter Ausnahmen muss für jede Vertragspartei Teil des Abkommens sein. Wir werden auf die Sicherung der Schutzstandards der Europäischen Union insbesondere im Bereich des Datenschutzes, der europäischen Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelstandards sowie auf den Schutz von Verbraucherrechten und öffentlicher Daseinsvorsorge sowie von Kultur und Medien Wert legen,“(3)

Man lese genau: Es sind nämlich nicht nur die EU-Standards in größter Gefahr, sondern auch das deutsche Sozialsystem. Denn ein schützenswertes „Soziales Europa“ gibt es noch gar nicht.

Der Koalitionsvertrag enthält auch zum Thema „Bürgerbeteiligung“ Passagen, die wir einfordern sollten.

Unsere Wachsamkeit ist dringend. Innerhalb weniger Tage gibt es ganz neue Konstellationen, zusätzlich zum TTIP. So ist am 7.12. in Bali das erste Abkommen der WTO (Welthandelsorganisation mit 160 Ländern) abgeschlossen worden.

Der Bali-Pakt beseitigt für Exportländer wie Deutschland weitere Handelsschranken.

Gegen den Pakt hat Indien beispielhaft gestritten, bis dem Land Nahrungsmittelsubventionen zugunsten der einkommensschwachen Bevölkerungsteile zugestanden wurden. Solche Subventionen sind in der WTO verfehmt. Man bedenke:

Gegen den Hunger!

Aber Exportsubventionen für den Agrarhandel von USA und EU, die Not und Elend in den armen Ländern erst erzeugt haben, die werden nach wie vor eingesetzt.

Deshalb nicht weiter so:

**Handel soll dem Wohlstand aller Nationen dienen!
Gemeinwohl statt Konzerndiktatur!**

Quellen: (1) UNCTAD, aus dem „World Investment Report 2013“, Referat von James Zhan, Direktor, 26.6. 2013.

UNCTAD ist die Abkürzung für United Nations Conference on Trade and Development

(2) <http://www.zeit.de/2013/50/handelsabkommen-europa-usa>. Petra Pinzer “Das Handelsabkommen mit Amerika soll US-Investoren besonders schützen – sogar vor deutschen Gesetzen“ DIE ZEIT online vom 5.12.2013

(3) <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>, Seiten 151 und 168.

2. Ausgabe, 14. Dezember 2013

V.i.S.d.P.: Dr. Barbara Hähnchen, Attac Berlin c/o BLUE 21, Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin